

Kurt Scholz

Vom Verband der Unabhängigen zu Erich Fried? Zur Arbeit der Historikerkommission der FPÖ

*„Ich tripple nach, solange Zeit;
wie sind die andern schon so weit!“
Faust, Walpurgisnacht.*

I

Ein antifaschistisches Bekenntnis

*„Austria – a small country brutally struck
down...“¹*

Die kritische Aufarbeitung der Geschichte der österreichischen Parteien ist eine relativ junge Entwicklung. Die Ursachen für die jahrzehntelange Nichtbeachtung dieser Thematik reichen wahrscheinlich bis in die Gründungsgeschichte der 2. Republik zurück.

So wie Winston Churchill in einer Parlamentsrede schon am 14. März 1938² im House of Commons und aus Downing Street 10 („The Heart of Austria“) am 18. Februar 1942³ ausdrücklich von Österreich als „erstem Opfer der Nazi-Aggression“ sprach, stellte die Moskauer Deklaration den Österreicherinnen und Österreichern eine - allerdings zweischneidig formulierte – Entschuldigung aus.

Dazu kam die Tatsache, dass die Mitglieder der ersten österreichischen Regierung im Jahr 1945 aus Opfern des NS-Regimes, Überlebenden der Konzentrationslager oder Emigranten bestand. In ihren Reihen klammheimliche

¹ Winston Churchill, Speeches, Bd. VI, S. 5923, s.u.

² „We cannot leave the Austrian question where it is... Austria – a small country brutally struck down, ... the oppression of the Nazi doctrine imposed upon a Catholic population and upon the working-classes of Vienna, the hard ill-usage of persecution which indeed will ensue...all this we see very clearly...“ In: Winston Churchill, His Complete Speeches 1897-1963; Hg. Robert Rhodes James, Bd. VI, 1935-1942; New York, London, Chelsea House Publishers, 1974, S. 5923

³ „We can never forget here in this island that Austria was the first victim of Nazi aggression.“ Ebda, S. 5926.

NS-Anhänger zu vermuten, wäre wohl jedem Zeitgenossen und internationalen Beobachter absurd erschienen.

Dementsprechend klar war auch die Absage der Gründungsväter der 2. Republik an den Nationalsozialismus.

Schon die Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945⁴, wie sie am 1988 enthüllten – und vor der Errichtung in einer beispiellosen politischen Kampagne kritisierten – „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“ von Alfred Hrdlicka nachzulesen ist, hielt unmissverständlich fest, dass „zur Durchführung dieser Erklärung eine unter Teilnahme aller antifaschistischer Parteirichtungen eine Provisorische Staatsregierung eingesetzt wird“.

Die Regierungserklärung⁵ stellte klar:

„Die Gesamregierung ist aus Vertretern aller antifaschistischen Parteien zusammengesetzt...

... jene, welche aus Verachtung der Demokratie und der demokratischen Freiheiten ein Regime der Gewalttätigkeit, des Spitzeltums, der Verfolgung und Unterdrückung über unserm Volke aufgerichtet und erhalten, welche das Land in diesen abenteuerlichen Krieg gestürzt und es der Verwüstung preisgegeben haben und noch weiter preisgeben wollen, sollen auf keine Milde rechnen können. Sie werden nach demselben Ausnahmsrecht behandelt werden, das sie selbst den anderen aufgezwungen haben und jetzt auch für sich selbst für gut befinden sollen.“

Dass den Worten auch Taten folgten, bewies ein Bündel an legislativen Maßnahmen. Sie bedeuteten für Täter und jene Sympathisanten der NS-Diktatur, derer man habhaft wurde, einen tiefen lebensbiographischen Einschnitt: Das Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945, das Kriegsverbrechergesetz vom 26. Juni 1945 gehörten dazu ebenso wie das Wirtschaftssäuberungsgesetz vom 12. September 1945. Damit wurde die Rechtsgrundlage für die Registrierung der Nationalsozialisten geschaffen und der gesetzliche Rahmen für die Volksgerichte⁶, gegen deren Urteile keine Rechtsmittel möglich waren, festgelegt.

⁴ Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Jg. 1945, 1. Stück, 1. Mai 1945

⁵ Ebda.

⁶ Diese sahen die Ahndung folgender NS-Verbrechen vor: Kriegsverbrechen im engeren Sinn (§ 1 KVG), Kriegshetze (§ 2 KVG), Quälereien und Misshandlungen (§ 3 KVG), Verletzungen der Menschenwürde (§ 4 KVG), Vertreibung aus der Heimat und Beteiligung an der Deportation der Jüdinnen und Juden (§ 5a KVG), missbräuchliche Bereicherung, worunter die so genannte „Arisierung“ subsumiert werden kann (§ 6 KVG), Denunziation (§ 7 KVG) sowie Hochverrat (§ 8 KVG).

Die Konsequenzen⁷ dieser rechtlichen Maßnahmen⁸ reichten weit über die unmittelbaren Nachkriegsjahre hinaus.

Insgesamt konnten die Politiker der ersten Stunde der 2. Republik das Gefühl haben, mit ihren gesetzlichen Maßnahmen ein gesellschaftspolitisches Breitbandantibiotikum⁹ geschaffen zu haben, das die politische Macht von sieben Jahren Diktatur nachhaltig unschädlich machen würde¹⁰.

Die gesellschaftliche Realität war freilich eine andere. Egal wie hoch man die Zahl der NS-Mitglieder im „angeschlossenen“ Österreich ansetzt¹¹, war es, rechnet man die Familienmitglieder und Angehörigen der ehemaligen Partrimitglieder oder -anwärter dazu, wahrscheinlich mehr als eine Million Menschen, die dem verflissenen Regime phasenweise und zumindest bis 1942/43 durchaus Sympathien, Treue und Gehorsam entgegengebracht hatte. Sie auf Dauer zu Bürgern zweiter Klasse zu stempeln und aus dem politischen

⁷ Den Verfolgungsschwerpunkt dieser Gerichte bildeten Verbrechen im Zusammenhang mit dem März- und Novemberpogrom 1938, Misshandlungen und Morde in Konzentrationslagern, die Denunziation von Widerstandskämpfern, so genannten jüdischen "U-Booten", Gewaltverbrechen und Morde in „Euthanasieanstalten“, Endphaseverbrechen, wie z. B. der Grazer Partisanenmordprozess.

⁸ die der Autor dieser Zeilen auch familiengeschichtlich erfahren konnte

⁹ 1945 bis 1955 wurden vor den Volksgerichten in Wien, Graz (inklusive Außensenate Leoben und Klagenfurt), Linz (inklusive Außensenate Salzburg und Ried/Innkreis) sowie Innsbruck in 136.829 Fällen Vorerhebungen und Voruntersuchungen wegen des Verdachts nationalsozialistischer Verbrechen oder "Illegalität" eingeleitet, davon knapp 80 Prozent bis Anfang 1948. In diesen Prozessen wurden insgesamt 23.477 Urteile (gegen rund 20.000 Personen) gefällt, davon 13.607 Schuldsprüche.

341 Strafen lagen im oberen Bereich: 43 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, 30 Todesurteile wurden vollstreckt (davon 25 in Wien, vier in Graz und eines in Linz), zwei Verurteilte begingen vor der Vollstreckung Selbstmord. Die letzte Hinrichtung fand 1950 statt. 29 Angeklagte wurden zu lebenslangem Kerker, 269 zu Kerkerstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren verurteilt. Viele der letzteren wurden 1955 amnestiert, nachdem die Volksgerichte nach Abschluss des Staatsvertrags abgeschafft wurden.

¹⁰ Vgl. Hellmut Butterweck, Nationalsozialisten vor dem Volksgericht Wien, Wien, Studien Verlag, 2016 oder die umfangreiche Website der von Winfried R. Garscha und Claudia Kuretsidis-Haider wissenschaftlich betreuten Zentralen österreichische Forschungsstelle Nachkriegsjustiz www.nachkriegsjustiz.at.

¹¹ Von den fast 700.000 ehemaligen NSDAP-Mitgliedern wurden nach 1945 rund 540.000 registriert, davon galten 98.330 als »Illegale«, die bereits zur Zeit des Verbots der NSDAP (Juli 1933 bis März 1938) in Österreich Parteimitglieder gewesen waren. Diese wurden zusätzlich von den Volksgerichten als »Hochverräter« verfolgt. Alle ehemaligen Parteimitglieder waren zur Entrichtung von Strafsteuern und Sühneabgaben verpflichtet. Von den Entlassungen waren rund 100.000 Staatsbedienstete (d. h. etwa ein Drittel), 36.000 Personen in der Privatwirtschaft und 960 Personen in führenden Positionen in Staat und Wirtschaft betroffen.

Willensbildungsprozess und dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen, war aus damaliger Sicht weder möglich noch wünschenswert.¹²

II

Der Wettlauf

„Wenn ich diese Nazi net betreu, betreut sie der Maleta in Oberweis...“¹³

„Da mögen die Herren Emigranten noch so viel Moralinsäure verspritzen...“¹⁴

Das Werben und der Wettlauf der Parteien¹⁵, der unter dem Primat der Stimmenmaximierung einsetzte, ist gut dokumentiert. Er reichte von Wahlplakaten der ÖVP, in denen „Minderbelasteten“ eine Brücke ins bürgerliche Lager angeboten wurde¹⁶, über persönliche Treffen, etwa wie jenes, das der spätere Bundeskanzler Julius Raab¹⁷ am 28. Mai 1949 mit

¹² Zu der, entgegen manchen österreichischen und internationalen medialen Behauptungen, durchaus vergleichbaren Vorgangsweise in der Bundesrepublik Deutschland vgl. aktuell Michael Wolfssohn, Erklärbar, aber falsch: „Nicht die graue Theorie, sondern die Praxis bzw. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland liefert eine mögliche Antwort. ... Das Stichwort heisst Domestizierung durch Institutionalisierung. Das bedeutet: Weg von Strasse oder Stammtisch, hinein in die demokratischen Institutionen. ... Integration wurde bereits in der frühen Bundesrepublik der 1950er Jahre mit den ‚alten Nazis‘ con CDU/CSU, FDP und, ja, SPD praktiziert.“ (Neue Zürcher Zeitung, 28. September 2018, S. 12)

¹³ Oskar Helmer, s. Anm. 20

¹⁴ Alfons Gorbach, s. Anm. 22

¹⁵ Mit dem Nationalsozialistengesetz von 1947 bekamen die »Minderbelasteten« das aktive Wahlrecht zurück, vom passiven Wahlrecht und vom Amt der Geschworenen und Schöffen blieben sie noch bis 1948 ausgeschlossen.

¹⁶ Wahlplakat der ÖVP 1949 „Sie (d.s. Sozialisten und Kommunisten, Anm. KS) reden vom ewigen Frieden ... und wollen den ewigen Hass“, Plakatarchiv Austria, Österreichische Nationalbibliothek, 16323392. Abgebildet u.a. im Katalog „Das Konzentrationslager Mauthausen 1938-1945“, 2013, S. 32.

¹⁷ Raab rekrutierte ehemalige NSDAP-Mitglieder wie den Geschäftsführer der Gauwirtschaftskammer Reinhard Kamitz, der später unter seiner Kanzlerschaft Finanzminister wurde, für die ÖVP.

„Ehemaligen“ im Haus von Alfred Maleta¹⁸ in Oberweis arrangiert hatte, bis hin zu Sondierungsgesprächen von Adolf Schärf mit dem VdU-Vertreter Herbert Kraus für eine Dreierkoalition ÖVP – SPÖ - VdU am 8. April 1949¹⁹, wobei angeblich Letzterem das Unterrichtsministerium in Aussicht gestellt worden sei. Besonders jovial soll es der sozialdemokratische Innenminister Oskar Helmer bei einem Treffen mit „Ehemaligen“ im August 1949 gegenüber dem Landesvorsitzenden des VdU Oberösterreich Gustav Adolf Jakob Neumann formuliert haben: „Schaun S', Herr Neumann, Sie sind noch zu jung für solche Überlegungen. Aber wenn ich diese Nazi net betreu', betreut sie der Maleta in Oberweis“.²⁰

Erwähnenswert sind auch die Aktivitäten des Salzburger Erzbischofs Andreas Rohrer, der sich mit seinem „Sozialen Friedenswerk“ intensiv um die internierten NS-Verdächtigen des Lagers Glasenbach bemühte, ein „treuer Freund, ein wahrhaft deutscher Priester“, der den Glasenbachern „Zeit seines Lebens immer verbunden gewesen“ sei und unter dessen „Ornat immer ein mitfühlendes Herz für die Verfolgten dieser Zeit“ – gemeint sind die Sympathisanten des NS-Regimes – geschlagen habe²¹.

Dass sich selbst ein ehemaliger Häftling, wie der im KZ Dachau internierte spätere Bundeskanzler Alfons Gorbach, ungeniert um die Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten warb²², erscheint besonders bemerkenswert.

¹⁸ Der ÖVP-Politiker Alfred Maleta hatte „mit nüchternem Hausverstand“ die Devise „Schluss mit Glasenbach“ verkündet und heftete die Minderbelastetenamnestie 1948 auf die Fahnen seiner Partei. (Alfred Maleta, *Bewältigte Vergangenheit 1932-1945*, Graz-Wien, 1981, S. 143.)

¹⁹ Viktor Reimann, *Die dritte Kraft in Österreich*, 1980, S. 118f.; Adolf Schärf, *Österreichs Erneuerung*, S. 245; Vgl. die Version von Fritz Stüber, *Ich war Abgeordneter in Österreich*, 1974, S. 98; Wissenschaftliche Zusammenfassung bei Oliver Rathkolb, *NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU*, in: Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley, Oliver Rathkolb (Hg.), *Verdrängte Schuld – verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich*, 1986, S. 82.

²⁰ Reimann, *Die dritte Kraft*, S. 122

²¹ *Mitteilungen der Wohlfahrtvereinigung der Glasenbacher* 9, 1980/ 1976, S. 24.

²² „Nirgendwo im Geschehen der letzten Jahre hat es so viele echte Anständigkeit, so viel selbstverleugnende Pflichterfüllung gegeben wie eben bei den Soldaten dieses Krieges. (...) Da mögen die Herren Emigranten noch so viel Moralinsäure verspritzen: Jene, die draußen (an der Front, Anm. KS) ihren Mann gestanden haben, wissen besser, was anständig ist, als jene, die sich beim ersten Kräuseln des Ozeans in Sicherheit gebracht haben. Ich spreche den Emigranten das Recht ab, in der NS-Frage mitzureden!“ (Wahlkampf 1949; vgl. Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall*, 1979, S. 134) Alfons Gorbach überredete auch den ehemaligen NS-Bauernführer Sepp Hainzl zu einem Aufruf an „Ehemalige“, die ÖVP zu wählen.

Trotz der Schalmeientöne und Leimruten der – damaligen – Grossparteien hatten die „Ehemaligen“ schon in dem „Verband der Unabhängigen“, gegründet im März 1949 von den Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reimann, eine neue Heimat gefunden, für die viele der „Minderbelasteten“, die nun wieder wählen durften, ihre Stimme abgaben²³.

Der Konsens von SPÖ und ÖVP, keine Vertreter des „Verbands der Unabhängigen“²⁴ in der Regierung zu dulden, wurde erstmals im Jahr 1953 in Frage gestellt, als Julius Raab eine Konzentrationsregierung unter Einschluss des VdU vorschlug. Der Versuch scheiterte an der Weigerung des Bundespräsidenten Körner, VdU-Mitglieder einer Bundesregierung zu ernennen.

In der Folge musste das Dritte Lager fast dreißig Jahre warten, um auf dem bundespolitischen Parkett wieder Fuß zu fassen. Die Renaissance als Königsmacherin auf parlamentarischer Ebene stieß allerdings auf heftige mediale Reaktionen.

²³ Wie unmissverständlich man in den Folgejahren an die Traditionen der Deutschen Wehrmacht angeknüpft hat, ist dem Autor in klarer Kindheitserinnerung: Etwa in Begeisterung ehemaliger Weltkriegssoldaten beim Besuch des deutschen Schlachtflegers Hans-Ulrich Rudel 1959 in Oberösterreich oder den zahlreichen militärhistorischen Beiträgen des 1948 als Kriegsverbrecher verurteilten Generalobersts Lothar Rendulic in den „Oberösterreichischen Nachrichten“, deren Miteigentümer Alfred Maleta gewesen ist.

²⁴ Bemerkenswert das Urteil des, dem liberalen Flügel zuzuordnenden, Abgeordneten Dr. Herbert Kraus nach dem Gründungsparteitag der FPÖ 1956: „Das Ergebnis des FPÖ-Parteitags veranlasst mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl abzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten ‚Machtübernahme‘ durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern. Die in der FPÖ verbliebenen gemäßigten Vertreter des VdU sind praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. [...] Die offiziellen Erklärungen der FPÖ von ‚Absage an den Extremismus‘ und der ‚Partei der Mitte‘ entspringen dem Bedürfnis nach einer sehr notwendig gewordenen Tarnung“. In: Wiener Zeitung, 13. April 1956.

III

Bruno Kreisky oder Das Elend des Liberalismus

„Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gewisse Umstände so und nicht anders sind, aber das bedeutet noch lange nicht, dass wir bereit sein müssen, sie als unumstößliche Tatsachen hinzunehmen.“²⁵

„Nicht die braune Brut ist die Gefahr, sondern das rote Gesindel.“²⁶

Schon bei der Bildung der SPÖ-Minderheitsregierung im Jahr 1970 und dem Versuch Bruno Kreiskys, die FPÖ aus ihrem politischen Ghetto zu holen, wies Simon Wiesenthal auf die NS-Nähe oder -Mitgliedschaft von SPÖ-Politikern hin²⁷.

Spätestens seit den 70er-Jahren und der Etablierung einer kritischen Zeitgeschichtsforschung war jedoch der Fragekomplex „Parteien und Rechtsextremismus“ ein Dauerthema.

Insbesondere die Publikation des „Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus“ im Jahr 1993 durch das Dokumentationsarchiv des

²⁵ Bruno Kreisky, Erinnerungen. Das Vermächtnis eines Jahrhundertpolitikers. Hg. Oliver Rathkolb.

²⁶ Jörg Haider, Der Standard, 5.10.1990

²⁷ Ein Schönheitsfehler dieser verdienstvollen Enthüllungen lag darin, dass derselbe Simon Wiesenthal vorher wie nachher bei ÖVP-Mitgliedern solche Proteste weitgehend unterlassen hatte. So stieß er sich nicht daran, dass der legendäre Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer drei Monate nach dem deutschen Einmarsch um Aufnahme in die NSDAP angesucht hatte oder Josef Klaus 1932 als Leiter der Deutschen Studentenschaft an der Universität Wien heftig gegen die Wahl eines Juden zum Dekan der Medizinischen Fakultät protestiert hatte. Simon Wiesenthal zählte später zu den Unterstützern von Kurt Waldheim, obwohl „er ab 1979 wusste, dass Waldheim log.“ (Tom Segev, Simon Wiesenthal. Die Biographie, München, 2010, S. 453)

österreichischen Widerstandes setzte einen Paukenschlag²⁸, der weit über das eigene Land hinaus vernehmbar war.

Die Dokumentation zeigte akribisch personelle Querverbindungen zwischen der FPÖ und rechtsextremen Kreisen auf, zog wütende Angriffe auf das DÖW²⁹ ebenso nach sich wie ironische Distanzierungen³⁰ und hätte einer, am Liberalismus orientierten, Parteiführung³¹ die Chance eröffnet, sich entschlossen – und nicht nur verbal - von rechtsextremen Gruppierungen und Personen zu trennen. Die Ironie der Geschichte will es, dass die damalige Rechtsextremismus-Publikation des DÖW aus heutiger Sicht wie ein Vorläufer der jetzigen Geschichtsaufarbeitung der FPÖ erscheint.

Der vermeintliche Durchbruch des Liberalismus unter dem Vizekanzler Norbert Steger endete 1986 mit dessen Abwahl als Parteiobmann, der Abspaltung des Liberalen Forums und dem Ausschluss der FPÖ aus der Liberalen Internationale, der mit beispielloser Härte erfolgte: „Die FPÖ ist keine liberale Partei aufgrund ihrer Prinzipien, Taten und politischen Führung. ... Die FPÖ ist eine Partei, die nach politischen und sozio-historischen Kriterien als nationalistisch bezeichnet werden kann – mit einer rechtsextremen Tendenz“.³²

Jörg Haider leitete in der Folge eine dynamische Aufwärtsentwicklung seiner Partei ein, die nicht nur durch die Ängste der Menschen vor den weltpolitischen Veränderungen nach 1989 verursacht war sondern auch durch eine Häufung von politischen Skandalen, welche zu einem Abbröckeln der

²⁸ Das Buch stellte mit etwa 20.000 verkauften Exemplaren einen Bestseller dar. Es ist seit der aktualisierten Neuauflage (Wien, Deuticke, 1994, 719 S.) vergriffen. (Homepage des DÖW, abgerufen am 17. September 2018)

²⁹ „Gesinnungsministerium DÖW“, „letzte Stalinorgel“, „Privat-Stasi“, „kommunistische Tarnorganisation“ (Bernhard Weidinger, Die „letzte Stalinorgel“? Evidenzproduktion auf umkämpftem Terrain: Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und seine Expertisen als Verhandlungsgegenstände des Österreichischen Nationalrats. In: Jahrbuch des DÖW, Wien, 2015, S. 297-316)

³⁰ Etwa von Jörg Haider: „Die FPÖ ist keine Nachfolgeorganisation der NSDAP. Denn wäre sie dies, dann hätte sie die absolute Mehrheit.“ (Pressekonferenz, 17.2.1985)

³¹ Die menschliche Entfremdung zwischen einem liberalen Flügel innerhalb der FPÖ und der Parteiführung nach 1986 wird in einer Äusserung Friedrich Peters deutlich: „Haider ist bis jetzt der einzige Mensch aus dem Bereich der Politik, dem ich nicht die Hand geben möchte.“ Friedrich Peter wörtlich, in: Forum, 16.12. 1988, S. 10. Friedrich Peter trat 1992, Norbert Steger 1993 von sich aus aus der FPÖ aus. („Dr. Norbert Steger erklärte seinen Parteiaustritt in der Illustrierten‘ „News“, 9/ 1993, S. 26)

³² Ausführlich dazu: Alfred Stirnemann, Die Freiheitlichen – Abkehr vom Liberalismus? Zu einigen Aspekten der FPÖ unter Jörg Haider. In: Österreichisches Jahrbuch für Politik 1987, Wien- München 1988, S. 183.

Lagerbindungen der, über Jahrzehnte festgefügt, Großparteien geführt hatte.

IV

Die FPÖ 2000 bis 2007. Jahre der Macht

„Irgendwann muss man auch aus der Vergangenheit ausbrechen können... Für den Österreicher gibt es einen Punkt, an dem er sagt, diese Sache ist für uns ausreichend besprochen.“³³

Es mag überraschend erscheinen, dass in der ÖVP-FPÖ-Regierung der Jahre 2000-2007, in denen die FPÖ³⁴ eine Fülle längst überfälliger Maßnahmen für Opfer³⁵ solidarisch mittrug und in vielen Fällen jüdischen Organisationen beträchtliche Gestenleistungen³⁶ geleistet wurden, keine klare Erforschung der eigenen Parteigeschichte erfolgt ist. Offenbar hoffte man, mit jenen Regierungsmaßnahmen, die den berechtigten – und von früheren Regierungen jahrzehntelang vernachlässigten – Forderungen von Opferorganisationen nachkam, durch die praktizierte Politik einen Schlussstrich unter Teile der Parteigeschichte zu ziehen und damit das Entréebillet in die internationale Akzeptanz einzulösen.

Auffällig war jedoch während all dieser Jahre die Distanz der FPÖ gegenüber der Geschichts- und Gewissenserforschung anderer Parteien, an denen man

³³ Jörg Haider, Die Zeit, 6/2000

³⁴ Die FPÖ war bei den Nationalratswahlen 1999 immerhin stärker als die ÖVP

³⁵ Zusammengefasst in „Schweres Erbe und `Wiedergutmachung`. Restitution und Entschädigung in Österreich. Die Bilanz der Regierung Schüssel.“, Hg. Stefan Karner, Walter M. Iber; Studienverlag, 2015.

³⁶ Wenngleich gegen unverhüllte innerparteiliche Reserven: „Die Entschädigungen (der ZwangsarbeiterInnen, Anm. KS) sind nichts anderes als Schutzgeld, das wir zahlen müssen.“ FPÖ-Bundesrat John Gudenus (Interview, profil, 29.5.2000)

sich nicht orientierte. Im Gegenteil: Man verwendete die selbstkritischen Reflexionen anderer Parteien, insbesondere jene der Sozialdemokratie, als willkommene rhetorische Munition zu Vorwürfen und Angriffen gegen politische Konkurrenten.

Gewiss hielt sich der Jubel der Sozialdemokratie über die von Sepp Rieder 2002 in Auftrag gegebene Publikation von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz „Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten“ (Wien, 2005)³⁷ in Grenzen, aber die Partei hatte doch den Mut³⁸, sich in den eigenen Spiegel zu schauen.

Auch die ÖVP publizierte, wenngleich Jahre später³⁹, eine durchaus selbstkritische Bilanz⁴⁰. Vergleichbare Forschungen der FPÖ zur eigenen Parteigeschichte ließen auf sich warten.

³⁷ Die Publikation wurde immerhin vom Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektuellen und KünstlerInnen selbst herausgegeben und im Internet zugänglich gemacht.

³⁸ Im Vorwort stellte der Präsident des BSA Caspar Einem fest: „Dem BSA selbst gelang es ... lange Zeit nicht, den historischen Tatsachen offen ins Auge zu sehen. Zu schwer lastete die Geschichte auf vielen Mitgliedern und Funktionären“ und „Die bloße Veröffentlichung des Zwischenberichts erscheint zu wenig. Es braucht eine darüber hinausgehende Auseinandersetzung mit dem Thema, wenn wir, wenn Mitglieder und Funktionäre des heutigen Bundes sozialdemokratischer Akademikerinnen/Akademiker, Intellektueller und Künstlerinnen/Künstler uns nicht mehr wegducken wollen vor den Vorwürfen zu unserer Vergangenheit. Die Diskussion im Bundesvorstand zeigt, wie schmerzlich dieser Prozess auch für die heutigen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger ist.“

³⁹ Die Studie wurde im Jahr 2005 vom damaligen ÖVP-Generalsekretär Reinhold Lopatka in Auftrag gegeben. Ab 2006 übernahm der renommierte Restitutionsforscher Michael Wladika die Forschungsaufgabe. Die Ergebnisse der Studie „Zur Repräsentanz von Politikern und Mandatären in der Österreichischen Volkspartei 1945-1980“ wurden 2018 vorgestellt. (S. Thomas Prior, ÖVP stellt sich ihrer Geschichte. Presse, 1. Mai 2018)

⁴⁰ Von 560 ÖVP-Politikern wurden 36 Personen eine NS-Vergangenheit nachgewiesen, in 17 Fällen gibt es Zweifel. 36 von 560 Personen ergibt einen Prozentsatz von 6,4, inklusive der Zweifelsfälle von 9,4 Prozent. Die SPÖ hatte lt. Wladika mit annähernd 10 % einen etwas höheren Schnitt, allerdings waren die Untersuchungskriterien andere (s. Prior, a.a.O.)

V

2017. Regierungsbeteiligung neu: Ja zur Geschichte, Liebe zu Israel?

„Kapitel für Kapitel arbeite ich mein Leben auf.“⁴¹

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wäre zu erwarten gewesen, dass eine vorausschauende Politik der FPÖ auch die Aufarbeitung des „Dritten Lagers“ in all seinen Facetten in Auftrag gegeben hätte.

Wie bei der Haltung der FPÖ in den Kabinetten Schüssel I und Schüssel II konnte man den Eindruck gewinnen, dass öffentliche Erklärungen führender FPÖ-Politiker⁴², reale Regierungsmaßnahmen von FPÖ-geführten Ministerien und personelle Konsequenzen in Form von Rücktritten von FPÖ-FunktionärInnen – allerdings fast immer erst in der Folge eines öffentlichen Aufschreis – die selbstkritische Darstellung der eigenen Parteigeschichte ersetzen sollten.

In der politischen Praxis dominierte hingegen ein Tu-quoque-Denken nach dem Grundsatz „Unsere Kritiker sollen sich in den Spiegel schauen. Sie sind um nichts besser“, wobei nicht selten liberale Positionen ins Hintertreffen gelangten: Etwa bei der vehementen Verteidigung des christlich-sozialen

⁴¹ Heinz-Christian Strache, Kurier, 27.8.2017

⁴² So etwa der FPÖ-Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer: „Die FPÖ muss eine Partei sein, die Freundschaft zu Israel pflegt“, unterstrich Hofer mit Blick auf die Vorbehalte israelischer Politiker gegenüber seiner Partei. Zugleich sprach er sich klar gegen antisemitische Tendenzen aus, die man „im Keim ersticken“ müsse. „Jeder, der nach Österreich kommt, muss wissen, dass es keine Toleranz für Antisemitismus gibt, auch aufgrund unserer Geschichte. Denn Österreich trägt eine erhebliche Schuld an dem, was passiert ist“, sagte der Präsidentschaftskandidat. In diesem Zusammenhang sprach er sich auch erneut für eine Beibehaltung des Verbotsgesetzes aus. Österreich sei „noch nicht so weit“, es streichen zu können. („Salzburg 24“, 11. März 2016)

Kurier, 27.8.2017: „FPÖ-Chef Heinz Christian Strache schreibt an seiner Autobiografie. "Kapitel für Kapitel arbeite ich mein Leben auf", verrät er dem KURIER. Es dürfte tatsächlich ein äußerst spannendes politisches Buch werden. Denn eines der Kapitel ist der Aussöhnung mit Israel gewidmet. Jörg Haider hat sie mehrfach versucht, aber gelungen ist sie erst Strache. Strache erzählt in dem Buch, wie er zum entschiedenen Gegner von Antisemitismus und zum Verteidiger des "christlich-jüdisch-aramäischen Erbes" wurde. „Seine Inspiration diesbezüglich war kein Geringerer als Rafi Eitan, der Fänger von Adolf Eichmann“.

Bürgermeisters Lueger⁴³, über den schon im 19. Jahrhundert der bedeutende liberale Intellektuelle und Bürgermeister Cajetan Felder ein kaum zu überbietendes Verdammungsurteil ⁴⁴ gefällt hatte, das dem Cajetan-Felder-Institut, einem Denktank ⁴⁵ der FPÖ⁴⁶, sicher nicht entgangen ist.

Tatsächlich fehlte es seitens der FPÖ nicht an pro-israelischen Forderungen⁴⁷, die zumindest auf verbaler Ebene einen klaren Schlusstrich zur Zeit des Nationalsozialismus und Teilen der eigenen Parteigeschichte setzten.

⁴³ „Der freiheitliche Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache bezeichnete die Umbenennung als `Skandal`: `Dr. Lueger war ein Bürgermeister, der sich größte Verdienste um die Stadt erworben hat.“ (Der Standard, 19. April 2012). „FP-Strache/Gudenus: Linker Gesinnungsterror im Fall Lueger-Ring“ (APA, OTS-Originaltext Presseausendung, 19. April 2012) „Am Freitag nannte FPÖ-Gemeinderat Gerald Ebinger die Umbenennung ´eine Kulturbarbarei ersten Ranges`“ (ORF, 25. 5. 2012)

⁴⁴ „Mit den Doktoren Mandl und Lueger trat mit einem Mal die Inkarnation des bösen Prinzips auf die Bühne des Gemeinderats. ... Der Dr. Lueger gilt mir indessen als zielbewusster Bösewicht, wie er im Buche steht, der alles, was sich ihm nicht blindlings unterwirft, mit Gift, Feuer und Schwert zu vernichten bestrebt ist, weil er es so will. Beide haben ... die Gemeindeverwaltung Wiens, wie ich detailliert zu beweisen imstande bin, unermesslich geschädigt. Sie haben die Kommunalvertretung, im Rathaus wie außerhalb desselben, bis ins Ausland hinaus um ihr Ansehen, um ihren Einfluss gebracht, die Intelligenz und die anständige Bürgerschaft zum großen Teile aus dem Ratssaale verjagt, die Administration durch die Einschmuggelung eines miserablen Spionier- und Denunziationsapparates so desorganisiert und demoralisiert, dass das Gemeindewesen noch lange Zeit, nachdem diese bösen Geister einmal gebannt sein werden, darunter zu leiden haben wird.“ „Schon lange nach den von mir angestellten Charakterproben erkannte ich in Dr. Lueger das inkarnierte böse Prinzip...“ (Cajetan Felder, Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters, Wien, 1964, S. 216 und S. 250)

⁴⁵ „Das Andenken an den großen Wiener Bürgermeister Dr. Cajetan Felder soll hochgehalten und die Persönlichkeit als solche in den Mittelpunkt forciert Forschung gestellt werden“ (Homepage des Cajetan-Felder-Instituts, abgerufen am 17. September 2018)

⁴⁶ Laut Vereinsregisterauszug vom 11. Februar 2009 gehören dem Cajetan-Felder-Institut als Präsident Komm.-Rat Walter Prinz, als 1. Vizepräsident Mag. Hilmar Kabas, als 2. Vizepräsident Johann Herzog an (Homepage des Cajetan-Felder-Instituts, abgerufen am 17. September 2018). Baumeister Walter Prinz war ab 1987 Gemeinderat der FPÖ im Wiener Gemeinderat und von 1996 bis 2001 Nichtamtsführender Stadtrat der FPÖ. Mag. Hilmar Kabas war „führender Parteifunktionär der FPÖ“ (wikipedia, abgerufen am 17. September 2018) und von 2006 bis 2007 Volksanwalt. Johann Herzog war zwischen 1990 und 1996 Abgeordneter der FPÖ zum Wiener Landtag und Mitglied des Gemeinderates der Stadt Wien, ab 1991 stellvertretender Klubobmann und wurde 1996 als Stadtrat angelobt. Nach den Gemeinderatswahlen 2005 wechselte er kurz wieder in den Wiener Gemeinderat. Herzog ist Mitglied der schlagenden akademischen Burschenschaft Aldania (Kurzbiografie, auf club-carriere.com, abgerufen am 21. Dezember 2012)

⁴⁷ So etwa dem Vorstoß von Vizekanzler Strache, die österreichische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, womit er den offiziellen EU-Kurs verließ. („Es sei ‚total absurd‘, die Botschaft nicht in Israels Hauptstadt, sondern in Tel Aviv anzusiedeln, meint der FPÖ-Chef - und wiederholt damit Forderungen Donald Trumps“, Die Presse, 22.6.2017)

Einen Kontrast dazu bieten allerdings irritierende Äußerungen meist wenig bedeutender Funktionärinnen und Funktionäre,⁴⁸ die sich offenbar aufgrund ihres speziellen geistigen Zuschnitts der Folgen ihrer Äusserungen und deren verletzenden historischen Assoziationen nur eingeschränkt bewusst waren.

Resümierend ergibt sich in der Gegenwart ein klarer Kontrast zwischen Aussagen von FPÖ-Regierungsmitgliedern, die sich um größtmögliche politische Korrektheit und demonstrative Israelfreundschaft bemühen, und gleichzeitigen Internet-Likes und Liederbuch-Vorfällen, welche die Glaubwürdigkeit der Aussagen der FPÖ-Spitzenpolitiker mindern oder zumindest eine mangelnde Durchsetzungskraft der Parteispitze gegenüber Teilen der eigenen Partei⁴⁹ und deren Sympathisanten vermuten lassen.

⁴⁸ Vgl. die Zusammenstellung in kontrast.at vom 13. Februar 2018 „Die Grenze ist das Strafrecht. Die gesammelten „Einzelfälle“ der FPÖ seit Regierungsantritt im Dezember 2017“

⁴⁹ Vgl. etwa den Leserbrief des Kandidaten für das Bundesverwaltungsgericht Hubert Keyl, der in einem Leserbrief an die Zeitschrift „Zur Zeit“ (Nr. 24,2007) gemeint hatte: „Die bevorstehende Seligsprechung des Franz Jägerstätters (sic!) ist ein Schlag ins Gesicht jedes gläubigen Menschen. Denn wer als Soldat seine Kameraden im Feld im Stich läßt, ist ein Verräter, und Verräter soll man verurteilen. Das Erheben dieses Politseligen zur `Ehre der Altäre` dient meiner Meinung nach nur dazu, Wehrdienstverweigerung auch in katholischen Kernschichten gesellschaftsfähig zu machen. Ich bin der Meinung, dass die ohnedies geschwächte Funktionärskirche durch diesen Akt in den Reihen der wertkonservativen Gläubigen weiter massiv an Ansehen verlieren wird“. Diese Äußerung des designierten Verwaltungsrichters der FPÖ rief eine heftige Kritik des Landeshauptmanns von Oberösterreich Thomas Stelzer hervor: „Ich habe mir eigentlich nicht gedacht, dass wir im Jahre 2018 über die Rolle von Franz Jägerstätter reden müssen. Für das Land Oberösterreich ist er eine Persönlichkeit, die dem Nationalsozialismus vehement die Stirn geboten hat. ... Dieses allgemeine Geschichtsverständnis ... sollte selbstverständlich sein – insbesondere für Persönlichkeiten, die öffentliche Ämter bekleiden möchten.“ (Kurier, 15. 9. 2018)

Nach Verteidigungsversuchen der FPÖ („FPÖ-Parteichef Strache sprach von einer `Hexenjagd` auf den Juristen, Generalsekretär Christian Hafenecker nannte es schade, `wenn der bestgeeignete Kandidat aufgrund medialer Hetze seine Kandidatur zurückzieht`,“ (Volksblatt, 17. September 2018) zog „der umstrittene Jurist Hubert Keyl seine Kandidatur als Bundesverwaltungsrichter“ mit der Feststellung `Ich würde diesen Artikel heute nicht mehr so veröffentlichen`“ (ebda.) zurück.

VI

Ausblick

„Nur eure Tat wird man spüren...“⁵⁰

In dieser Situation ist es bemerkenswert, dass, wenngleich im Vergleich zu den politischen Mitbewerbern spät, eine Kommission zur Erforschung der Parteigeschichte der FPÖ⁵¹ eingesetzt wurde.

Deren Leitung durch den international angesehenen Rechtshistoriker, ehemaligen Dritten Nationalratspräsidenten und emeritierten Univ.Prof. Mag. Dr. Wilhelm Brauneder lässt hoffen, dass die jüngere Parteigeschichte der FPÖ⁵², inklusive der Biographien maßgeblicher Politikerinnen und Politiker und der Tätigkeit der Burschenschaften, ungeschminkt dargestellt wird.⁵³

Angesichts eindeutiger Äusserungen des derzeitigen Parteivorsitzenden⁵⁴ und Vizekanzlers verdient dieses Unterfangen kritische Beobachtung⁵⁵ ebenso wie grundsätzlichen Respekt.⁵⁶

⁵⁰ Erich Fried, zitiert von Vizekanzler Heinz-Christian Strache am 6. 5. 2018, Rede vor dem Mahnmal gegen Krieg und Faschismus. (Homepage des Bundeskanzleramts, abgerufen am 19. September 2018)

⁵¹ „Befreiungsschlag mit Historiker-Kommission. Die FPÖ will andere Schlagzeilen“ (Kurier, 12. Februar 2018). „Ein erster Bericht soll im Herbst vorliegen.“ (Kurier, 13. 2. 2018)

⁵² „Die wegen der Liederbuchaffäre in die Bredouille geratene FPÖ versucht jetzt den Befreiungsschlag. Eine Historikerkommission soll die Geschichte der Partei und des Dritten Lagers auf braune Flecken hin untersuchen. Was die Kommission dabei an Neuem herausfinden soll, ist nicht ganz klar.“ (Salzburger Nachrichten, 14. 2. 2018)

⁵⁵ Diese erfolgte auch aus den eigenen Reihen. „Der Leiter der FP-internen Referenzgruppe für die Kommission, Andreas Mölzer, bezeichnete dieses als ´taktisches Manöver, um aus den Schlagzeilen zu kommen“ (Kurier, ebda.)

⁵⁶ Vgl. etwa die Äußerungen von Arik Brauer bei einer Gedenkveranstaltung im Bundeskanzleramt: „Brauer hält Straches Bemühungen, mit der braunen Vergangenheit und den NS-Einzelfällen in der FPÖ aufzuräumen, für glaubwürdig. ´Ich persönlich nehme Strache seine absolut faire und richtige Einstellung zum Judentum ab`, so Brauer“. (Heute, 12. Mai 2018)

Nicht übersehen soll letztlich sein, wie sehr sich die öffentlichen Bekundungen von Spitzenpolitikern der FPÖ gewandelt⁵⁷ und an medialer Glaubwürdigkeit gewonnen haben⁵⁸.

Hatte sich die FPÖ vor 30 Jahren noch vehement gegen das „Mahnmal gegen Krieg und Faschismus“⁵⁹ des Bildhauers Alfred Hrdlicka⁶⁰ eingesetzt, versammelten sich am 6. Mai dieses Jahres die SpitzenpolitikerInnen der FPÖ fast vollständig vor diesem Mahmal, um der Ansprache ihres Vizekanzlers zu folgen⁶¹.

⁵⁷ So betonte FPÖ-Chef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache vor dem Akademikerball, für Antisemiten gebe es weder in der FPÖ noch am Akademikerball einen Platz. „Die Verantwortung und das Gedenken an die Opfer des Holocaust sind uns Verpflichtung und Verantwortung in der Gegenwart und für kommende Generationen. Wer das anders sieht, soll aufstehen und gehen. Er ist bei uns nicht erwünscht.“ (Kurier, 27. Jänner 2018)

Vizekanzler Strache hatte im Frühjahr auch als Privatperson die KZ-Gedenkstätte Mauthausen besucht. „Straches Büro bestätigte gegenüber „profil“ den Besuch.“ (APA, OTS, 12. Mai 2018)

⁵⁸ Laut einer Meinungsumfrage halten „52 Prozent der Befragten die Aussagen Straches, dass Antisemitismus in der FPÖ nichts verloren habe für glaubwürdig.“ (Kurier, 12. 5. 2018)

⁵⁹ Politiker der ÖVP und FPÖ waren aus Protest der Enthüllung des Denkmals am 24. 11. 1988 fern geblieben. Zur Diskussion um das Denkmal s.d. Dokumentation Alfred Hrdlicka, Mahnmal gegen Krieg und Faschismus in Wien, hg. Von Ulrike Jenni, Bd 2. „Das Mahnmal und die Presse, 1978-1992“, Graz, 1993.

⁶⁰ „FPÖ-Obmann Dr. Jörg Haider protestierte erneut gegen die Gestaltung des Mahnmals durch Hrdlicka“ (Wiener Zeitung, 25. 11. 1988) Die FPÖ forderte eine Volksbefragung zum Mahnmal (Presse, 30.3.1988)

⁶¹ „Ich verneige mich vor all jenen, die in dieser Zeit ein furchtbares Schicksal tragen mussten und schon die Erinnerungen an diese Zeit schlagen unvergesslich tiefe Wunden. ... in den Tagen nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich wurden Jüdinnen und Juden gezwungen - von der Bevölkerung bespuckt und verhöhnt - die Straßen von Anti- Nazi-Parolen zu säubern. Bevor die systematischen Deportationen in die Todeslager der SS begannen und sich das Entsetzen der Shoah unauslöschlich in das Gedächtnis der Menschheit einbrannte.“ „Unser besonderes Gedenken gilt heute daher allen Opfern und allen Überlebenden dieser schrecklichen Zeit. Österreich trägt schwer an diesem Erbe.“ (Rede auf dem Albertinaplatz, 6. 5. 2018; Homepage des Bundeskanzleramts, abgerufen am 18. 9. 2018)

Dass er dieses Mahnmal⁶² würdigte und zum Abschluss ein Gedicht⁶³ des in die Emigration verjagten Erich Fried⁶⁴ vortrug, deutet einen Paradigmenwechsel an, von dem man nur hoffen kann, dass er tiefgreifend und nachhaltig ist. Jenseits der unvermeidlichen politischen Rhetorik sollten wir diesen Prozess mit Interesse und Respekt beobachten und fördern.

⁶² „Dieser Ort hat eine besondere Symbolik“ (Strache, a.a.O.) .

⁶³ „Die unter die Erde gegangen sind
Und die in den Flüssen schlafen,
und die, die als Asche verwehten im Wind,
sie werden nicht loben, nicht strafen.
Sie werden nicht mitziehn in euren Reihn,
sie werden die Hand euch nicht führen,
sie lassen euch Lebende ganz allein.
Nur eure Tat wird man spüren,
und schwer wird die sein müssen wie euer Land,
und viel wird sie geben und nehmen.
Beim Schlagen, beim Schaffen soll dann eure Hand
Nicht eure Toten beschämen.“

(Hans-Christian Strache, Rede am Albertinaplatz, 6. 5. 2018; Homepage des Bundeskanzleramts, abgerufen am 18.9.2018)

⁶⁴ Der Vater von Erich Fried war 1938 an den Folgen eines Gestapo-Verhörs gestorben. Erich Fried selbst stand in der Emigration mindestens zwei Jahre lang, von Ende 1941 bis Ende 1943, dem »Kommunistischen Jugendverband« nahe. Er verließ ihn 1943 wegen zunehmender stalinistischer Tendenzen.